



RUNDER TISCH
Sitzung 26. November 2002
Protokoll

Anwesenheitsliste liegt bei

Vorstand des Runden Tisches

Frau Bramlage
Herr Müller
Herr Diekmann
Herr Zielinski

Sanierungsmanagement:

Herr Stracke
Herr Möse
Herr Horst
Herr Tarp
Frau Bruns
Herr Holland
Frau Strack

Tagesordnung

1. Bericht - Gespräch zwischen Politik und Vorstand des Runden Tisches
2. Bericht - Sanierungskommission
3. Bericht - Arbeitsgruppe ‚Bürgereingaben‘
4. Bericht - Arbeitsgruppe Freiraum
5. Bericht - Anträge vom letzten Runden Tisch
6. Wahl des Vorstands
7. Termine
8. Verschiedenes

Herr Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Er begrüßt ausdrücklich auch die Mitglieder der Bürgerinitiative und zitiert in diesem Zusammenhang einen Artikel der OZ vom 21.10, in dem Herr Meyer und Herr Leuschner dahingehend zitiert werden, daß sie nicht gegen die Sanierung sind. Herr Müller äußert in diesem Zusammenhang seine Hoffnung, daß die Bürgerinitiative sich in den Prozeß einbringt und gestaltend mitwirkt.

Herr Müller schlägt im Namen des Vorstandes des Runden Tisches dem Vorstand der Bürgerinitiative vor, daß sich beide Vorstände zusammen setzen und diskutieren, wie ein künftiges Engagement aller im Prozeß aussehen könnte.

Anschließend stellt Herr Müller die Tagesordnung vor.

Dem Vorstand liegt ein Antrag vor, den Tagesordnungspunkt ‚Wahl des Vorstands‘ als ersten Punkt zu behandeln. Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

1. Wahl des Vorstands

Herr Müller stellt dar, daß die Wahlzeit des Vorstandes zu Ende geht und am nächsten Runden Tisch die Wahl des Vorstandes stattfinden soll.

2. Gespräch zwischen Politik und Vorstand des Runden Tisches

Herr Zielinski berichtet vom Gespräch des Vorstands mit den Fraktionsvorsitzenden der CDU, SPD, FDP und Grünen am 22. Oktober. Auslöser für dieses Treffen war die Diskussion am Runden Tisch über den Umgang der Politik mit den Gremien der Sozialen Stadt.

Herr Zielinski schildert, daß aus Sicht des Vorstands dessen Anliegen – die Einbeziehung der Gremien der Sozialen Stadt bzw. ein „ernsthafte“ Umgang mit diesen in der Regel ehrenamtlich Tätigen – bei den anwesenden Politikerinnen und Politikern angekommen ist.

Alle bei dem Gespräch anwesenden Politikerinnen und Politiker haben sich deutlich für das Projekt Soziale Stadt ausgesprochen.

Weiterhin berichtet Herr Zielinski aus diesem Gespräch, daß eine engere Verbindung zwischen der Sanierungskommission und dem Sozial- bzw. Bau- und Sanierungsausschuß angestrebt wird, um den Informationsfluß sicher zu stellen.

3. Sanierungskommission

Die Sitzung der Sanierungskommission fand am 5. November statt.

Es gab zwei Tagesordnungspunkte:

- **Anträge auf Entlassung aus dem Sanierungsgebiet**

Diesbezüglich empfiehlt die Sanierungskommission dem Rat einstimmig, die Anträge auf Entlassung abzulehnen.

Herr Zielinski erläutert in diesem Zusammenhang auf den Zwischenruf, die Sanierungskommission habe gegen die Eigentümer entschieden, daß die Vertreter des Runden Tisches gemäß der Entscheidung des Runden Tisches gestimmt haben, diese Anträge abzulehnen.

- **Vorstellung des Standes der Sanierung durch Herrn Holland**

Anmerkungen zum Tagesordnungspunkt:

Frage zur Abgrenzung; es wird gefragt, weshalb die Johannstraße nur zum Teil in das Sanierungsgebiet aufgenommen wurde.

Herr Zielinski stellt dar, daß die Abgrenzung vor Beginn der Sanierung erfolgte und er dazu konkret nichts sagen könne. Die Stadt habe hierzu im Rahmen der Eigentümer-Informationsveranstaltungen Ausführungen gemacht.

Die Frage wird wiederholt mit dem Hinweis, daß die Nichtaufnahme eines Teiles ja erst zu den vielen Problemen geführt habe.

Herr Zielinski verweist erneut darauf, daß der Vorstand auf die Abgrenzung keinen Einfluß hatte/ hat.

4. Arbeitsgruppe Bürgereingaben

Die Arbeitsgruppe hat sich nach der Darstellung der im Sanierungsbüro eingegangenen Anmerkungen am letzten Runden Tisch getroffen und sich zunächst mit den nachbarschaftlichen Konflikten beschäftigt. Es wurde vereinbart, daß das Sanierungsbüro im Auftrag der Arbeitsgruppe einige Eigentümer anschreibt und diese bittet, Abhilfe zu schaffen bzw. Stellung zu nehmen und ein Gespräch mit der Arbeitsgruppe zu führen.

Die Gruppe trifft sich erneut am 10. Dezember um 18.00 Uhr im Sanierungsbüro.

5. Arbeitsgruppe Freiraum

Die Arbeitsgruppe hat sich beim ersten Treffen zunächst folgenden Themen gegeben:

- Straßen (sowohl hinsichtlich der verkehrlichen Nutzung als auch bezogen auf andere Nutzungen)
- Spielen
- Müll

Hierzu haben jeweils Themenabende stattgefunden. Die Arbeitsgruppe ist bisher zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Straßen/ Verkehr

Der vorliegende Antrag auf Einrichtung einer Spielstraße aus der Ulrichstraße war Anlaß, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Mit den Bewohnern der Ulrichstraße wurde diskutiert, ob das gewünschte Ziel – Minderung der Geschwindigkeit – auch auf anderem Wege erreicht werden kann (Spielstraße erfordert erheblichen Umbau der Straße), z.B. über die Einrichtung einer Tempo-30-Zone.

Am Thema „Verkehrsberuhigung“ wird beim nächsten Treffen der Arbeitsgruppe weiter gearbeitet werden.

Zur Bearbeitung des „Spielens“ vereinbarte die Gruppe, die Betroffenen – die Kinder - einzubeziehen. Gemeinsam mit den Kindergärten, der Grundchule, dem Ledatreff wurde abgestimmt, in den Einrichtungen mit den Kindern Projekte zu diesem Thema durchzuführen. Die Ergebnisse sollen im Februar vorliegen und vorgestellt werden.

Das Thema Müll wird noch einmal aufgegriffen werden

6. Anträge vom letzten Runden Tisch

- **Antrag bzgl. der rechtlichen Prüfung der Anträge auf Entlassung:**

Herr Tarp erläutert, daß die Sanierungskommission über den Umgang mit den Anträgen entschieden hat. In der entsprechenden Beschlußvorlage ist der jetzige Stand der rechtlichen Lage dargestellt (Vorlage wurde im Rahmen der Kommissionssitzung verteilt/ kann im Sanierungsbüro eingesehen werden).

- **Antrag auf Prüfung, ob Umformulierung des Grundbucheintrages möglich ist:**

Der jetzige Eintrag bedeutet rechtlich gesehen, daß das Grundstück im Sanierungsgebiet liegt.

Aus Sicht des Amtsgerichtes wäre prinzipiell eine Änderung der Formulierung möglich, hieraus würde sich jedoch keine Änderung der Rechtslage ergeben. Eine solche Änderung wäre allerdings mit sehr hohem Aufwand verbunden, da sie in jedem Grundbuch vorgenommen werden muß und auch die Eigentümer darüber zu informieren sind.

Problematisch wäre eine Änderung der Formulierung weiterhin aufgrund des derzeit schwebenden Verfahrens (über die Anträge auf Entlassung wurde noch nicht im Rat beraten).

Aus diesen Gründen wird die Stadt keinen Antrag an das Amtsgericht stellen, die Formulierung des Grundbucheintrags zu ändern.

7. Termine

10. Dezember, 18.00, Arbeitsgruppe Bürgereingaben

10. Dezember, 20.00, Arbeitsgruppe Freiraum

21. Januar 2003, 18.30, Runder Tisch

8. Verschiedenes

- **Herr Müller bittet Herrn Tarp um Darstellung der nächsten „Arbeitsschritte“ im Sanierungsprozeß**

Herr Tarp erläutert, daß zu Beginn des nächsten Jahres der Rahmenplan für die weitere Entwicklung des Sanierungsgebietes vorgelegt und diskutiert werden soll. Wenn über den Rahmenplan Ziele der Sanierung und abgeleitete Maßnahmen eingegrenzt werden können, werden diese Informationen an den Gutachterausschuß weitergegeben, damit dieser mit der Wertermittlung beginnen kann.

- **Frage zum Ablauf der Wahlen des Vorstands**

Gibt es eine Wahlordnung, wo sollen sich Kandidaten melden?

Wie die Wahlen durchgeführt werden, muß der Runde Tisch entscheiden. Kandidaten können sich am Runden Tisch melden.

- **Frage dazu, weshalb die Verwaltung bzw. der Treuhänder bei der Veranstaltung der Bürgerinitiative nicht anwesend waren, um ggf. Fragen zu beantworten.**

Herr Tarp stellt hierzu dar, daß es im September drei Veranstaltungen speziell für die Eigentümer gab, um die angesprochenen Fragen zu klären. Bezogen auf die Veranstaltung der Bürgerinitiative sei er davon ausgegangen, daß diese Veranstaltung nicht als erneute Informationsveranstaltung gedacht gewesen wäre. Eine Einladung hierzu habe es nicht gegeben.

Herr Tarp betont, daß jeder mit Fragen bzgl. der Folgen der Sanierung mit ihm einen Termin vereinbaren kann oder er auch zur Information von Gruppen zur Verfügung steht.

Es erfolgt die Anregung, die Sanierungszeitung zur Erläuterung der Ausgleichsbeträge bzw. ihrer Ermittlung zu nutzen.

Der Druck der Zeitung auf Hochglanzpapier wird als zu teuer kritisiert.

Es erfolgt noch einmal der Hinweis aus der Runde, daß die Gebietsabgrenzung für die Bewohner schwer nachvollziehbar ist.

- **Frage nach den Möglichkeiten, sich zu beteiligen**

Herr Holland erläutert, daß der Runde Tisch das Beteiligungsgremium des Stadtteils ist. Der Runde Tisch ist eine Einrichtung der Bürger, nicht der Stadt.

Weiterhin bieten die Arbeitsgruppen die Möglichkeit der Beteiligung und über die zehn Mitglieder aus dem Runden Tisch ergibt sich die Möglichkeit, in der Sanierungskommission (einer städtischen Einrichtung) Einfluß zu nehmen.

Rückfrage: Wo können die Bewohner real Einfluß nehmen?

Herr Zielinski erläutert den Ablauf der Entscheidungsprozesse:

In den Arbeitsgruppen werden konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet, die dann am Runden Tisch vorgestellt und diskutiert werden. Das nächste Gremium ist dann die Sanierungskommission. Der Runde Tisch gibt ein Votum, wie sich die Mitglieder der Sanierungskommission, die den Runden Tisch dort repräsentieren, zu anstehenden Beschlüssen stellen sollen.

Die Sanierungskommission gibt mit ihrer Entscheidung ein Votum für die Entscheidung in den Ausschüssen bzw. im Rat ab.

Aus der Runde kommt die Anregung, eine Zusammenstellung aller Einrichtungen im Gebiet zu erstellen.

- **Angebot von Herrn Schmidt, SPD,**

Herr Schmidt bietet an, vermittelnd zwischen den Vorständen des Runden Tisches und der Bürgerinitiative tätig zu werden, wenn dies gewünscht wird.

- **Weitere Äußerungen zum Thema Ausgleichsbeträge:**

Aus dem Teilnehmerkreis wird von einem Brief berichtet, den angeblich die Verwaltung einem Eigentümer in der Altstadt geschickt habe mit der Aufforderung, das Gebäude zu veräußern, um den Ausgleichsbetrag zahlen zu können. In diesem Zusammenhang wird eine Erläuterung der Summen aus der Altstadtsanierung bzw. die Darstellung der Nicht-Übertragbarkeit dieser Summen auf die Oststadt angeregt.

- **Frage zum Finanzrahmen: Stehen die 23 Mio. € in jedem Fall zur Verfügung?**

Herr Tarp stellt dar, daß diese Mittel auch im Bundes- und Landeshaushalt sowie im städtischen Haushalt im Zusammenhang mit den üblichen Haushaltsdebatten stehen. Die Beantragung muß daher jedes Jahr erneut erfolgen.

- **Frage: Wie hoch ist der Eigenanteil der Stadt?**

Bei einer Gesamtinvestition von ca. 45 Mio. DM (23 Mio. €) liegt der städt. Anteil bei ca. 5 Mio. DM (2,56 Mio. €) verteilt über die gesamte Laufzeit.

Die anderen 40 Mio. DM (20,44 Mio €) kommen von außen.

Der Vorstand beendet die Sitzung um 19.45.